

Luzerner Tagblatt

Der Landsgemeindesonntag

Erster Auswärtssieg des FC Luzern

Skiverband: Demission Peter Baumgartners

3 De Gaulle zurückgetreten

ag. (UPI) fs. Bereits kurze Zeit nach der Schließung der Stimmlokale in Frankreich am Sonntagabend zeichnete sich eine Niederlage de Gaulles bei der Volksabstimmung über die Senats- und Regionalreform ab. Um Mitternacht gab das französische Innenministerium folgende Resultate bekannt: 10 336 660 Ja (46,93 Prozent), 11 685 173 Nein (53,07 Prozent). Damit stand de Gaulles

Niederlage praktisch fest. Couve de Murville gab am späten Sonntagabend die Niederlage zu. In einem nach Mitternacht veröffentlichten Communiqué gab General de Gaulle seinen Rücktritt bekannt. Wörtlich erklärte er: «Ich lege meine Funktion als Präsident der Republik nieder. Dieser Entschluß tritt heute mittag in Kraft.» Nach der Verfassung wird Alain Poher (rechts), seit Oktober

1968 Senatspräsident, interimistischer Staatspräsident, bevor eine neue Regierung gebildet wird. Bei den Neuwahlen dürfte der 57jährige Georges Pompidou die größten Aussichten haben, de Gaulles Nachfolger zu werden. Wir verweisen auf die Meldungen und den Kommentar auf der letzten Seite.

Fotos Keystone



Rumänien bot Moskau die Stirne

Moskaus Wirtschaftspläne vorerst gescheitert - Ceausescu widersetzte sich der Integration

Moskau, 27. April. (UPI) ag. Der Sowjetunion ist es auf der am Samstag in Moskau beendeten Gipfelkonferenz des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (Comecon) offensichtlich nicht gelungen, ihre Vorstellungen von einer engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit durchzusetzen. In dem nach vierjährigen Beratungen veröffentlichten Communiqué wird die erwartete Kredithilfe der Ostblockstaaten für die CSSR ebenso wenig erwähnt wie die zum Abschluß geführten Geheimgesprächen über die Situation in Prag und die internationale Lage. In der offiziellen Verlautbarung heißt es lediglich, die Sowjetunion sowie Polen, die CSSR, die DDR, Ungarn, Bulgarien, Rumänien und die Mongolische Volksrepublik seien übereingekommen, die Pläne für eine engere wirtschaftliche Koordination weiter zu erörtern.

Wie aus Delegationen verlautete, sind die sowjetischen Vorstellungen vor allem am Widerstand Rumäniens gescheitert, dessen Vertreter sich gegen jede Form neuer supranationaler Wirtschaftsbehörden unter den Comecon-Mitgliedsstaaten ausgesprochen haben.

Nur drei osteuropäische Vertretungen, darunter Ungarn, sollen sich vorbehaltlos hinter Moskaus Verlangen nach einem straffen Zusammenschluß gestellt haben. Der polnische Parteichef Go-

mulka habe für eine feste Integration der Wirtschaften im Comecon plädiert, während der rumänische Staats- und Parteichef Ceausescu sich jeder Integration mit dem Hinweis widersetzt habe, sie würde die Souveränität und volle Autonomie der nationalen Wirtschaften beeinträchtigen. Die Parteichefs von Ungarn und Bulgarien, Kadar und Schiwkoff, sollen ähnliche Ansichten wie Gomulka vertreten haben. Der tschechoslowakische Ministerpräsident Cernik habe dagegen vermutlich flexiblere Formen der Zusammenarbeit verlangt. Ueber die separaten Besprechungen der Kreml-Führung mit der tschechoslowakischen Delegation, die unter Leitung des neuen KP-Chefs Gustav Husak stand, wurden keine Angaben gemacht.

Sowjetische Militärparaden nur noch am 7. November

Moskau, 27. April. (UPI) Die sowjetische Führung hat am Sonntag offiziell bestätigt, daß sie künftig am 1. Mai auf die Demonstration ihrer militärischen Stärke verzichten wird. In einer Erklärung der sowjetischen Regierung und des Zentralkomitees der KPdSU wurde bekanntgegeben, daß Militärparaden der sowjetischen Truppen künftig nur noch am 7. November — dem Jahrestag der Oktoberrevolution von 1917 — veranstaltet werden sollen.

Fleischknappheit in der Tschechoslowakei

Ungesunde wirtschaftliche Entwicklung hält an

Prag, 26. April. (UPI) In der Tschechoslowakei hält nach den Worten des slowakischen Staatsministers für Handel, Frantisek Barbirek, «die ungesunde Entwicklung in der Wirtschaft an». Bei der Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch ist bereits ein erster Engpaß eingetreten. Die Schwierigkeiten auf dem Fleischsektor wurden auch von einem Beamten des tschechoslowakischen Ministeriums für Landwirtschaft und Ernährung in einem Interview mit der CSSR-Gewerkschaftszeitung «Prace» bestätigt. Der Beamte sagte: «Unser Hauptproblem in den ersten Monaten dieses Jahres ist die Fleischanlieferung.» Er schränkte ein, Geflügel- und Rindfleisch seien zur Genüge vorhanden, jedoch kein Schweinefleisch.

Die Versorgungsschwierigkeiten haben bei der Bevölkerung, deren Nationalgericht «Schweinefleisch mit Knödeln» ist, Unmut ausgelöst. Vor den Läden bilden sich täglich lange Schlangen wartender Käufer. Die Tschechoslowakei bezieht ihre Fleischimporte hauptsächlich aus der Sowjetunion. Die Bevölkerung wirft den Sowjets vor, sie hätten nach den antisowjetischen Unruhen in der CSSR die Fleischlieferungen an das Land gekürzt, und ein Großteil der verbleibenden Lieferungen müsse an die in der CSSR stationierten sowjetischen Truppen abgegeben werden.

Ausgebootete Redaktoren kehren zurück ag. (AFP) Die Umbesetzungen auf

Neuer Angriff «Rude Pravos» auf die Reformer

Einen neuen scharfen Angriff hat das tschechoslowakische Parteiorgan «Rude Pravos» am Samstag auf die Reformgruppe um den gestürzten Parteichef Dubcek gerichtet. In einem Kommentar schrieb das Blatt, «gewisse Leute» hätten während der Reformperiode von 1968 nicht gezögert, sich durch antisowjetische Tendenzen «zweifelhafte Popularität» zu verschaffen.

Husak wieder in Prag

Die tschechoslowakische Delegation der Comecon-Konferenz unter Führung von Parteichef Husak ist am Samstag von Moskau nach Prag zurückgekehrt.

Frankreichs Tag der Entscheidung

Das politische Schicksal des Generals stand zur Diskussion - Verschiedene Zwischenfälle vor der Abstimmung über de Gaulles Plebiszit

Paris, 27. April. (UPI) Rund 29 Millionen französische Wähler hatten am Sonntag in einer Volksabstimmung über das politische Schicksal ihres 78jährigen Staatspräsidenten de Gaulle zu entscheiden. In einem Referendum stimmten sie über die von de Gaulle vorgelegten Pläne für eine Gebiets- und Verfassungsreform ab. Der Staatspräsident hatte mehrfach sein Verbleiben im Amt von einem positiven Ausgang der Befragung abhängig gemacht. In einer Rundfunk- und Fernsehansprache hatte er am Freitagabend erklärt, er werde sofort zurücktreten, wenn die Mehrheit der Bevölkerung mit «Nein» stimmen werde.

De Gaulle, der bei einem für ihn positiven Ausgang noch bis 1972 im Amt bleiben will, wartet die Entscheidung auf seinem Landsitz Colombey-les-deux-Eglises ab. Am Sonntag früh kam es etwa vier Kilometer von seinem Haus entfernt zu einem Zwischenfall, als Polizei mit gezielten Schüssen einen gestohlenen Wagen zum Halten brachte. Ein Großaufgebot der Gendarmerie war ein-

gesetzt, um die flüchtigen Täter einzufangen. Bereits am Samstag war es in mehreren Städten zu Zwischenfällen, gekommen, bei denen nach Angaben der Polizei mehrere Personen verletzt wurden. In Le Havre wurden die Scheiben eines Büros der gaullistischen Union eingeworfen, in Versailles kam es zu einer Schießerei zwischen politischen Gegnern, bei der drei Menschen verletzt wurden.

De Gaulle wählte in «seinem» Dorf

Colombey-les-deux-Eglises, Frankreich, 27. April. (UPI) Staatspräsident de Gaulle erschien am Sonntag um 11.55 Uhr MEZ im Rathaus der kleinen lothringischen Gemeinde Colombey-les-deux-Eglises, wo er auf dem Gut La Boisserie seinen Wohnsitz hat. In einem schwarzen Anzug gekleidet und mit ernstem Gesicht gab der General seine Stimme ab. Nachdem de Gaulle dem Bürgermeister und Tierarzt Dr. Jean Roulet, und dem stellvertretenden Bürgermeister, dem Tankstellenbesitzer Gabriel Gadot, die Hand geschüttelt

hatte, fuhr er mit seiner Frau wieder nach Le Boisserie zurück.

Anzeichen für starke Wahlbeteiligung

Paris, 27. April. (UPI) Acht Stunden nach Eröffnung der Wahllokale wurde eine beträchtliche Zunahme der Beteiligung am frühen Nachmittag gemeldet. Nachdem der Abstimmungsvorgang am Morgen relativ «schleppend» begonnen hatte, in einigen Gebieten wurde um 15 Uhr eine Wahlbeteiligung von bereits 65 Prozent registriert. Beobachter verglichen diese Zahl mit der hohen Beteiligung an der Parlamentswahl vom vergangenen Jahr, die einen großen gaullistischen Sieg gebracht hatte.

De Gaulle kandidiert 1972 nicht mehr

ag. (AFP) Zum erstmalig teilte Präsident de Gaulle in seiner Radio- und Fernsehansprache der Öffentlichkeit mit, daß er nach Ablauf seiner Amtsperiode im Dezember 1972 auf keinen Fall mehr kandidieren und sein Amt dann dem vom Volk gewählten Nachfolger übertragen werde.

Kairo fordert erneut israelischen Truppenabzug

Regierungskrise im Libanon noch nicht gelöst

Kairo, 26. April. ag. (AFP/UPI) In einem Kommentar zur Verschlechterung der Lage am Suezkanal und der Besorgnis, welche gewisse Staaten deswegen geäußert haben, bestätigte die halbamtliche ägyptische Zeitung «Al-Ahram» am Wochenende erneut die Haltung der Vereinigten Arabischen Republik im israelisch-arabischen Konflikt. Sie weist vor allem auf sechs entscheidende Punkte hin:

1. Die VAR anerkennt alle Resolutionen der Uno, auch jene vom 7. Juni 1967 und vom 22. November 1967. 2. Sie hat sich verpflichtet, alle Beschlüsse der Uno auszuführen, welche der Regelung des Nahost-Konflikts dienen sollen. 3. Besonders die beiden Resolutionen vom Juni und November 1967, die eng zusammen gehören, müssen beide von allen Parteien strikte befolgt werden. 4. Der Sicherheitsrat der Uno muß darauf dringen, daß Israel die Resolution vom 22. November annimmt, welche in erster Linie den Rückzug der israelischen Truppen aus den besetzten Gebieten fordert. 5. Ägypten hat sich bis jetzt an alle Uno-Resolutionen gehalten. Israel hat nur das Waffenstillstandsabkommen vom Juni 1967 eingehalten, nicht aber die Resolution vom November 1967. 6. Israel verstößt gegen die Resolution vom November 1967, indem es seine Truppen weiterhin in besetzten arabischen Gebieten beläßt.

Ägypten dementierte somit die israelische Interpretation seiner Erklärungen. Der ägyptische Außenminister Mahmoud Riad habe diese Punkte verschiedenen Diplomaten mitgeteilt, die Ägypten ihre Beunruhigung wegen der

gegenwärtigen Lage mitgeteilt haben. Es bestehe kein Grund anzunehmen, Ägypten halte sich nicht mehr an das Waffenstillstandsabkommen.

Vor Rede Hussein

König Hussein von Jordanien beendete am Samstag seine vierwöchige Reise durch Westeuropa und die USA. Radio Amman kündigte für Montag eine «wichtige politische Rede» des Monarchen an, der in den USA unter anderem auch mit den Uno-Botschaftern der vier Großmächte konferiert hatte. Politische Beobachter erwarten, daß Hussein möglicherweise seinen jüngsten Friedensplan für den Nahen Osten auf Grund seiner inzwischen geführten politischen Gespräche präzisieren wird.

Syriens Staatspräsident nach Moskau

Die halbamtliche Kairoer Nachrichtenagentur Mena berichtet, daß der syrische Staatspräsident Al-Atassi am 5. Mai zu einem mehrtägigen Aufenthalt nach Moskau reisen wird, wo er über die Stärkung der politischen und militärischen Zusammenarbeit Syriens mit der Sowjetunion Beratungen führen wird.

Noch keine neue Regierung im Libanon

Im Libanon ist es Staatspräsident Charles Helou trotz intensiver Bemühungen noch nicht gelungen, die am Freitag durch den Rücktritt von Ministerpräsident Rashid Karami entstandene Regierungskrise zu lösen. Helou setzte auch am Sonntag seine Besprechungen mit führenden Politikern aller Gruppierungen fort.

Die arabischen Untergrundbewegungen, allen voran «Al-Fatah», erklärten über den Sender «Stimme Palästinas», sie würden auch künftig von libanesischem Territorium aus ihren Guerillakrieg gegen Israel fortsetzen. In der Sendung hieß es, das Volk von Palästina werde es den libanesischen Behörden nicht gestatten, die Anwesenheit der Zionisten zu dulden.

Neue Zwischenfälle am Jordan und am Suezkanal

Amman/Tel Aviv, 27. April. ag. (AFP) Ein jordanischer Militärsprecher hat mitgeteilt, daß es am Samstagabend am Jordan zu zwei Artillerieduellen zwischen israelischen und jordanischen Streitkräften gekommen sei.

Ein israelischer Militärsprecher meldete, daß am Sonntagmorgen zweimal israelische Soldaten vom östlichen Ufer des Jordans aus angegriffen worden seien.

Am Suezkanal haben ägyptische Truppen am Samstag nach Angaben eines israelischen Militärsprechers mit Granatwerfern und leichten Waffen, ohne Verluste anzurichten, eine Stunde lang israelisch besetztes Gebiet beschossen. Auch am Sonntagmorgen kam es zu einem Artilleriegefecht zwischen ägyptischen und israelischen Truppen.

Mitgliedschaft Israels in der Uno soll überprüft werden

Der stellvertretende Generalsekretär der Arabischen Liga Sayed Noval hat in einem Appell die Vereinten Nationen aufgerufen, die Mitgliedschaft Israels in der Weltorganisation zu überprüfen.